

Dienstag, den 7. Mai 1935

Nr. 124 Jahrgang 13 Ausgabe AB

Oplata pocztowa uiszczona ryczaitem.

Einzelnummer 10 Groschen

Lodzer

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109

Telephon 136-90 — Postcheck-Konto 63-508

Kottowish, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanista 4

Volksstimme

Bielitz-Biala u. Umgebung

Die neue Wahlordnung.

Heute Veröffentlichung auf einer Sitzung des Regierungsbüros.

Wie aus leitenden Regierungskreisen verlautet, wird das vom Regierungsbüro ausgearbeitete Projekt der neuen Wahlordnung heute bekanntgegeben werden. Die Bekanntgabe wird in einer Form erfolgen, die ganz deutlich unterstreicht, daß die neue Wahlordnung ein Erzeugnis des Regierungsbüros ist, dessen oberster Repräsentant im Augenblick die Leitung des Ministerpräsidiums inne hat.

Und zwar findet heute in den amtlichen Räumen des Ministerpräsidenten Slawek eine gemeinsame Sitzung der Verfassungskommissionen der Parlamentsclubs der Regie-

rungsbüros im Sejm und Senat sowie des Präsidiums des Regierungsbüros mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze statt, die der Frage der neuen Wahlordnung gewidmet sein wird. Im Zusammenhang mit diesen Beratungen wird das bereits fertiggestellte Projekt der neuen Wahlordnung zur öffentlichen Kenntnis gegeben werden. Die neue Wahlordnung wird dann noch auf einzigen Sitzungen der Kommissionen des Regierungsbüros durchberaten, worauf es erst dann, und zwar etwa zwischen dem 15. und dem 20. Mai auf einer außerordentlichen Tagung des Sejm und Senats zur Sprache gelangen wird.

Der Weg für die Donaukonferenz gebahnt

Positive Ergebnisse auf der Konferenz von Venedig erzielt.

Venedig, 6. Mai. Die italienisch-ungarisch-österreichischen Besprechungen wurden heute nachmittag abgeschlossen. Wie verlautet, hat Ungarn im Laufe der Verhandlungen die Erlaubnis zur Aufstellung eines Heeres von 100 000 Mann gefordert.

Zu einem zum Abschluß der Konferenz herausgegebenen Kommunique wird der Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit auf der Konferenz hervorgehoben und die Übereinstimmung der Ansichten der drei Länder festgestellt. Die Vertreter der drei Länder glauben daher, daß die Klärung der Lage, die auf der Konferenz erzielt wurde, die Herbeiführung einer Einigung auf der Donaukonferenz ermöglichen werde.

Paris, 6. Mai. Die Agentur Havas faßt das Ergebnis der Beratungen von Venedig wie folgt zusammen:

Die Beratungen von Venedig haben positive Ergebnisse gezeigt. Die Hauptchwierigkeiten bildeten zwei Punkte: 1. Ungarn verlangte eine direkte oder indirekte Verbindung der Frage der Rüstungsparität mit der Frage der Zusammenarbeit zwischen den Donauländern, die Gegenstand der Beratungen der Donaukonferenz sein wird; 2. Ungarn hatte sich geweigert, gegenüber der kleinen Entente dieselben Verpflichtungen wie gegenüber Österreich zu übernehmen. Die Urache war, daß Ungarn sich seines Anspruchs auf eventuelle Revision der Grenzen nicht entäußern will.

Es bestand die Besichtung, daß für den Fall des Nichtzustandekommens einer Einigung in dieser Frage Ungarn der Donaukonferenz fernbleiben wird oder aber gegenüber den Staaten der kleinen Entente in Opposition treten werde, was zur Zerstörung der Donaukonferenz geführt hätte. Italien habe sich gegenüber diesem Standpunkt Ungarns loyal verhalten, habe aber darauf gedrungen, daß die Donaukonferenz zustande kommt. Was das ungarische Revisionsproblem und die Frage der kleinen Entente angeht, hat es nach Havas den Anschein, daß der Pakt, der in Rom vorgelegt werden soll, sich besonders auf Österreich beziehen werde. Havas erinnert daran, daß das französisch-italienische Abkommen vom 7. Januar ein allgemeines Abkommen vorgesehen habe, daß nicht allein die Grenzen der Unterzeichnerstaaten respektieren, sondern auch keine Propaganda dulden solle, die darauf abzielt, die politische und soziale Ordnung in einem der beteiligten Länder umzustößen. Die Frage der Nachtmischung werde sich besonders auf diesen Punkt des französisch-italienischen Abkommens beziehen. Havas glaubt, daß die Verhandlungspartner von Österreich besonders besorgt gewesen seien, die Unabhängigkeit Österreichs gegen den Plan eines Regimewechsels als Folge einer ausländischen Propaganda zu sichern. Diese Lösung des Problems würde gleichzeitig eine Regimeänderung zugunsten der Habsburger erschweren und somit den Nachtmischungsplan für die kleine Entente annehmbar machen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet hätten Italien und Österreich Ungarn gegenüber die Verpflichtung übernommen, das Protokoll über den Anlauf ungarischen Weizens zu erneuern. In Rom erwarte man zu diesem Zweck die Ankunft einer ungarischen Wirtschaftsabordnung.

Auch eine Vorkonferenz der kleinen Entente.

Rom, 6. Mai. Nach den Dreierbesprechungen zwischen Vertretern Italiens, Österreichs und Ungarns in Venedig besteht gutem Vernehmen nach auf italienischer Seite die Absicht, die Außenminister der kleinen Entente ebenfalls zu einer Vorbesprechung für die Donaukonferenz, und zwar nach Rom einzuladen. Über den Zeitpunkt dieser Zusammenkunft werden noch keine Angaben gemacht.

Baltische Konferenz in Kowno.

Kowno, 6. Mai. Am Montag begann in Kowno die zweite Konferenz der baltischen Außenminister, die sich, wie aus den Eröffnungsreden hervorgeht, mit der Sicherheitsfrage der baltischen Staaten beschäftigen wird.

Stimmen des Parlaments. Gegenüber der früheren Koalitionsregierung bedeutet diese Lösung einen erheblichen Erfolg für die von Gil Robles geführte katholische Volksaktion (Ceda), da diese im jetzigen Kabinett mit 5 Ministern, die Radikalen dagegen nur mit 4 Ministern (einschließlich des Radikalen nahestehenden unabhängigen Innenministers) vertreten sind, während das Verhältnis in der früheren Koalition wesentlich zugunsten der Radikalen galt. Man hegt infolgedessen die Hoffnung, daß in dem bevorstehenden Zeitabschnitt ein energischer Wind wehen wird.

Das spanische Parlament, das entsprechend der Verfassung heute nachmittag zusammenentreten sollte, hat sich, da zu dieser Zeit das neue Kabinett noch nicht bestätigt war, auf Donnerstag verlegt.

Konzentrationskabinett in Spanien.

Erstarken des Einflusses der katholischen Volksaktion.

Madrid, 6. Mai. Der Staatspräsident hat die von Lerroux eingereichte Kabinettliste genehmigt, die u. a. folgende Namen enthält:

Ministerpräsident Lerroux (Radikal), Außenminister Rocha (Radikal), Minister des Innern Gil Robles (Ceda), Marineminister Roja Villanova (Agrarier), Finanzminister Chapaprieta (Unabhängiger Republikaner).

Die neue Regierung ist eine ausgesprochene Konzentrationsregierung, die von der republikanischen Mitte bis zur republikanischen Rechten einschließlich sämtliche Gruppen umfaßt. Das Kabinett verfügt über 240 von 430

Deutsche Bücher und Landkarten in Oberschlesien beschlagnahmt.

Auch Hitlers „Mein Kampf“ mit Beschlag belegt.

Auf Anordnung des Wojewoden von Schlesien wurden gestern in allen deutschen Buchhandlungen in Oberschlesien zahlreiche Bücher und Landkarten, die in letzter Zeit aus Deutschland bezogen wurden, beschlagnahmt. Der Beschlagnahme verfiel u. a. die Berliner Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“, alle Bücher, die die Tätigkeit Schlageters in Oberschlesien in der Abstimmungszeit betreffen und zwei Mappen Polens und Deutschlands, die die Grenzen entgegen den im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen anführen.

Der gestohlene „Arbeitersonntag“ eingestellt.

Wie n. 6. Mai. Der gleichgeschaltete „Arbeitersonntag“, der in den Diensten der Aktion Winters für die Versöhnung des gegenwärtigen Regimes mit der Sozialdemokratie stand, hat zu erscheinen aufgehört. Ein anderes Blatt Winters, „Die Aktion“, verfiel wegen eines Artikels über den Prozeß gegen die Führer des Republikanischen Schutzbundes der Konfiskation.

Das Wahlergebnis in Jugoslawien.

Oppositionelle als Nichtwähler.

Belgrad, 6. Mai. Das endgültige Ergebnis der Wahl für die Skupština am Sonntag steht noch nicht fest, da noch verschiedene Teilergebnisse fehlen. Nach der Meinung der jugoslawischen Blätter kann dies nichts an der Tatsache ändern, daß die Partei des Ministerpräsidenten festlich die absolute Mehrheit erhält. Da die Frauen in Jugoslawien kein Wahlrecht haben, waren nur etwa 3 800 000 Personen stimmberechtigt. Davon haben 1 640 000 für die Regierung gestimmt, während 900 000 ihre Stimmen für die Oppositionsliste Matšek abgaben. In einigen slowenischen Städten und Industriezentren brachte die Wahlbeteiligung nur 25 bis 50 Prozent (!). Man kann annehmen, daß der größte Teil der Nichtwähler oppositionell eingestellt ist. Bekanntlich hat man die sozialistischen Wahllisten für ungültig erklärt.

Der deutschbürgerliche Dr. Kraft, der auf der Regierungsliste kandidiert hat, ist wiedergewählt worden. Nach einem anderen Deutschen, der Arzt Kaipar, der politisch noch wenig hervortrat, erhielt ein Mandat. Dagegen unterlag der bisherige deutsche Abgeordnete Dr. Hans Moser, so daß die deutsche Volksgruppe in der neuen Skupština wie bisher über zwei Mandate verfügen wird.

Die Stärke der Roten Armee.

Ansprachen Kalinins und Molotows.

Moskau, 6. Mai. Außer einer außehenerregenden Rede Stalins anlässlich der Abschlußprüfung des neuen Jahrganges der Roten Offiziere und Militäringenieure haben auch Kalinin, Molotow, Woroschilow und Ordzhonikidze Ansprachen gehalten.

Nachdem der Vorsitzende des Hauptvollzugsausschusses der Sowjetunion, Kalinin, die Absolventen der Militärakademie zu ihrem Übergang auf die praktische Arbeit in der Roten Armee beglückwünscht hatte, deutete er u. a. darauf hin, daß die Rote Armee mit jedem Jahr wachse und sich vervollständige. Auch die Feinde der Sowjetunion hätten allmählich begriffen, was die Rote Armee für eine Macht darstelle. Daher dürfe man in den weiteren Ausbau dieses Machtinstrumentes nicht müde werden. Alle verfügbaren Kräfte, alle Energie und aller Reichtum der wissenschaftlichen Erfahrung müßten für die Entwicklung der Roten Armee aufgewandt werden.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskomissare der Sowjetunion, Molotow, sprach zunächst von dem neuen Erfolg der Sowjetdiplomatie, der mit dem Zustandekommen des sowjetisch-französischen Paktes errungen worden sei. Der Abschluß eines solchen Paktes sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sich die Rote Armee und das

Kneihen Sowjetrußlands allmählich in der Welt durchgesetzt hätten. Sowjetrußland, so schloß Molotow, stelle die gewaltigste Macht dar, ohne die kein Frieden in Europa gesichert werden könne.

Die Mörder Bylows verhaftet.

15 weitere aktive Revolutionäre festgenommen.

Moskau, 6. Mai. Wie die „Pravda“ aus Nizhni Tagil im Ural meldet, seien durch den von der obersten Staatsanwaltschaft der Sowjetunion dorthin entsandten Untersuchungsrichter die Mörder des Arbeiterkorrespondenten Bylow verhaftet worden. Es seien dies der Sohn eines entrichteten verbannten Bauern Setschenow und ein erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassener Bandit namens Mokrow. Die Untersuchung habe ergeben, daß die beiden Täter Bylow aufgesauert hätten, als er sich mit seiner Frau vom Arbeiterklub nach Hause begab. Setschenow habe dann aus nächster Nähe den tödlichen Revolverschuß abgegeben. Aus Zeugenaussagen und aus dem Geständnis des Mokrow geht hervor, daß Mokrow sich an Bylow gerächt habe, weil dieser mehrfach Straftaten der beiden Verbrecher aufgedeckt habe.

Im Zusammenhang mit der Ermordung Bylows wurden bisher 15 Personen, die als aktive Konterrevolutionäre rechnet werden, festgenommen und unter Anklage gestellt. Der Fall Bylow wird vom Kriegsgericht behandelt.

Der kommunistische Spitzenkandidat von Mez verhaftet.

Mez, 6. Mai. Der kommunistische Führer des Mosel-Departements Marcel Kirsch wurde am Sonntag nach-

mittag in Mez verhaftet. Kirsch, der in Mez als Spitzenkandidat der kommunistischen Partei bei den Gemeindewahlen aufgestellt wurde, ist der „anarchistischen Propaganda“ und Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam angeklagt.

Das Jubiläum des Königs von England

London, 6. Mai. England beging am Montag einen großen Festtag, das 25jährige Regierungsjubiläum König Georg V. Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete ein Dankgottesdienst in der St. Pauls-Kathedrale, dem der große Umzug vom Buckingham-Palast vorausging. Hunderttausende bildeten Spalier in den Straßen. Am Abend des Jubiläumstages wurden in ganz England 2000 Feuerwerke entzündet. Zu diesem Zweck waren schon vor Tagen riesige Holzstöcke errichtet worden.

Der König richtete an seine „Untertanen“ durch den Rundfunk eine Ansprache, in welcher er auch der Arbeitslosen gedachte und u. a. folgendes aussprach: „Mitten in den Freuden dieses Tages denke ich mit Trauer an die Zahl meiner Untertanen, die immer noch arbeitslos sind. Wir schulden Ihnen alles Mitgefühl und alle Hilfe, die wir reichen können. Ich hoffe, daß alle während dieses Jubiläumstages Ihr äußerstes tun werden, um Ihnen Arbeit zu verschaffen und neue Hoffnung zu bringen. Andere Be- sorgnisse mögen zurückziehen.“

Die Botschaft des Königs wurde mit einer Rede des englischen Ministerpräsidenten Macdonald eingeleitet.

Während der Vorbeifahrt des Königszuges wurden inmitten der Menge über 7000 Personen ohnmächtig. 40 Personen mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Eine Person verstarb an Herzschlag.

Ist es nicht schlechter geworden? Wie es in Wirklichkeit aussieht, sehen wir aus Berichten, die uns aus Deutschland zugegangen sind und die wir aus Raumangel nur zum geringsten Teil bekanntgeben:

Berlin. Die Tarife sind im großen und ganzen unverändert geblieben. Sie spielen aber nur eine geringe Rolle, weil fast überall in Akkord gearbeitet wird. In der Schneiderei sind für Heimarbeiter die Preise ernst um 10 Prozent gesenkt worden.

Im Baufach wird, wie z. B. bei den Bauten an dem neuen Flughafen und der neuen Fliegerkasernen in Berlin, oft sehr schlecht bezahlt und sehr lange gearbeitet. Die Maurer, die früher nicht unter Mk. 60 Wochenlohn gearbeitet haben, haben dort einen Durchschnittswochenlohn von 38 bis 40 Mark und müssen täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends arbeiten.

Dualisierte Buchdrucker, deren Lohnminimum nach dem alten Tarif Mk. 68 betrug, die aber selten dafür arbeiteten, werden jetzt, selbst als Auszubildende, mit brutto Mk. 38 Lohn eingestellt. Buchbinder, deren Tariflohn 108 Pfennig betrug, werden mit 68 und 70 Pfennigen Stundenlohn eingestellt. Einer von ihnen erklärte mir: „Bei der Einstellung nach dem Lohn zu fragen, ist nicht mehr üblich. Man wartet jetzt bis zur ersten Lohnzahlung, dann sieht man erst, was es gibt.“

In einem größeren Unternehmen (350 Arbeiter) werden die neu eingestellten Schlosser und Dreher zwar als solche Facharbeiter beschäftigt, aber nur als Hilfschlosser und Hilfsdreher entlohnt.

Bayern. Glasfabrik in Niederbayern). Die Arbeitsfront hat überhaupt keinen Einfluss. Der Akkord für einen geschlossenen Glasloch betrug früher 40 Pf.; bei den letzten Akkordverhandlungen verlangten die Arbeiter 24 Pf. Für die ersten Posten wurden dann 20 Pf., für den zweiten nur mehr 12 Pfennige bezahlt. Beschwerden beim Vertrauensrat und der Arbeitsfront haben keinen Erfolg.

Südwürttemberg. Beigesetztes Lohnabrechnung eines gelernten Metallarbeiters von den Dornier-Werken in Friedrichshafen. Der Mann hat einen Stundenlohn von 49 Pf. und bekommt nach Einbehaltung der Abzüge ganze 21 Mark Wochenlohn ausbezahlt. Diese gelernten Metallarbeiter werden von den Arbeitsämtern vermittelt. Sie müssen vor ihrer endgültigen Einstellung eine Probezeit im Betriebe von 6 Wochen ablegen, ohne einen Pfennig Lohn zu erhalten. Lediglich Verpflegung und Unterkunft wird gewährt. Das Fahrgeld von X bis nach Friedrichshafen wird mit wöchentlich einer Mark abgezogen.

In der Druckerei der nationalsozialistischen „Boden-see-Rundschau“ ist die frühere Bestimmung des Tarifvertrages, wonach die Maschinenarbeiter nur eine bestimmte Saaleistung machen mußten, aufgehoben worden, und was früher 3 Sezter leisteten, muß in Zukunft von zweien geleistet werden.

Westfalen. (Bielefelder Fahrradindustrie). Bestanden früher gute Lohnverhältnisse, so arbeiten die jungen Arbeiter heute ohne jeden Tarif und in den einzelnen Betrieben ganz unterschiedlich. In einem belannten Betrieb zahlt man 30 Pf. die Stunde für Rahmenstückeln; dafür erhält früher ein Arbeiter 65 Pf. Die Arbeitsfront lehnt ein Eingreifen wegen Unzuständigkeit ab. Sie empfiehlt direkte Verständigung mit dem Unternehmer.

Doch nicht immer genügen diese Beispiele, um die Löhne in Deutschland kennen zu lernen. Man muß neben

Nationalsozialistische Mailügen.

In Deutschland wurde die Arbeiterschaft zum dritten Male zur Feier des 1. Mai abkommandiert. Den Verlauf der Feier, die mit allem Pomp, mit allen Mitteln, die Staat und Kapital einsetzen können, aufgezogen wurde, schildert die Nazipresse in seitenslangen Berichten. Wie aber kommen die Nazis dazu, den 1. Mai zu feiern, den sie vor der Machtergreifung nicht gefeiert haben, den sie bis dahin schmähten, verunglimpten? Woher denn die Liebe für den Weltfeiertag der internationalen Arbeiterschaft?

Die Antwort ist einfach. Der 1. Mai sollte der Arbeiterschaft gründlich vereitelt werden. Man wußte, daß der 1. Mai wieder aufleben wird, sobald die Arbeiterschaft in Deutschland ihre Kräfte neu gesammelt haben, daß der 1. Mai der Auftakttag sein wird gegen das bestehende Regime, wie es stets und in allen Ländern gegen die Reaktion gewesen ist. Man wußte, daß die Arbeiterschaft die mehr als vierzigjährige Tradition nicht vergessen werden. Wenn man alle Sonntage und Donnerstage Paraden veranstaltet zur Verherrlichung der „Führer“, zur Erinnerung an Siege und an Niederlagen, wenn man so und so oft die nationalistische Trommel röhrt für alle möglichen Dinge, die den Verltätigen wenig gelallen können, warum denn nicht einen Tag den Ausgebundenen schenken, warum denn nicht an einem Tage „Arbeiterfreundlich“ sein, damit der Prolet eventuelle glaube,

dass auch er ein Staatsbürger, ein geachtetes Glied der Gesellschaft sei. Freilich, ohne Zwang geht das nun einmal nicht. Denn was tun denn diejenigen, die es betrifft, die Betrogenen, doch dahinterkommen und nicht mitfeiern?

Aber noch zu etwas ist so ein nationalsozialistischer 1. Mai gut. Er ist der Tag, an dem man der Welt vorlägt, was man alles für die werktägige Bevölkerung getan hat und was man noch tun will. Es ist der Tag, an dem man der Welt die „Gemeinschaft“ des deutschen Volkes, die „Versöhnung der Klassen“ vorgaukelt. Der 1. Mai ist in Nazi-Deutschland derjenige Tag des Jahres, an dem man der Lüge die Krone aufsetzt, an dem das Opfer seine Peiniger loben soll. In einem Aufruf des „Führers“ der Arbeitsfront Dr. Ley wird zuerst der Welt vorgesetzt, daß 85 Prozent der Arbeiterschaft bei den Betriebsratswahlen mit Ja stimmen, also ihre Stimme den Nationalsozialisten geben haben, während nach den Zahlen der Arbeitsfront, der Dr. Ley vorsteht, es nur 74 Prozent sind und in Wirklichkeit noch viel weniger. Dann aber bekommt man folgendes:

„Gewiß ist“, so heißt es in dem Aufruf, „das Lohnniveau noch das alte, viel Not und Elend sind noch in unseren Reihen und doch besteht mir alle die Hoffnung des Frühlings unseres Volkes.“

Das Lohnniveau soll also noch das alte sein? Also

„Ein guter Fall ist es, den ich bekommen habe“, und dann fügte er lächelnd hinzu, „so interessant und eine solch schöne Klientin, daß ich ganz daran vergessen habe, von meinem Honorar zu sprechen.“

Mit dem Falle Jordan war der Untersuchungsrichter Richard Beau betraut worden.

Der Advokat Commines kannte ihn seit langen Jahren. Sie waren sich zuerst in Arles begegnet, wo Richard Beau als junger Hofsrichter im Salon des Vaters von Commines verkehrte. Ein Altersunterschied von fünfzehn Jahren konnte weder das gute Einvernehmen, noch eine gewisse Zuneigung stören. Als der Richter manches Jahr später nach Paris versetzt worden war, hatte ihn der Rechtsanwalt dort mit lebhafter Freude empfangen, ohne seinem Stande als Untersuchungsrichter eine besondere Reverenz zu erweisen. Über die berufliche Verbindung hinweg erhielten sie sich die freimütige Vertraulichkeit und das „Du“ der Jugendzeit.

Der Richter Richard Beau war ein kleiner, verschwiegener, meist lächelnder und dabei schrecklicher Mann. Unter seinen seidenglanzenden und vorzeitig gebleichten Haaren zeigte er ein frisches, volles, glattrasiertes Gesicht, das durch sehr lebhafte schwarze Augen besonderen Ausdruck bekam. Es misst ihm nicht, wenn man ihn, um vieles jünger, mit Maeterlinck oder Edison vergleicht.

Man konnte leicht mit ihm umgehen, seine Stimme hatte etwas Wohlwollendes, die jungen Ansänger fielen auch meist darauf herein. Die älten erfahrenen Anwälte dagegen wußten genau, daß von dieser lächelnden Güte nichts zu halten war; weder provisorische Freilassung, noch Herausgabe von beschlagnahmten Werten, noch Beiefsfreiheit; Erklärnis zu Unterredungen ließ er zu, und noch so betrüste kleine Freudeninnen vermochten nicht zu ihren Liebhabern zu gelangen. — Dieser Richter war nicht

einmal grausam, doch er hatte eine fast metaphysische Vorstellung von seinem Amt; er erfüllte auf Erden eine Aufgabe, die ihn an die ewige Gerechtigkeit band, er war ihr Diener. Wenn er träumte, daß er Flügel besäße — denn Männer träumen zuweilen gleich anderen Sterblichen — dann sah er sich nicht im Äther schweben wie Engel oder Mönchen tun, nein, er stellte sich seine Person verwandelt in eine der schrecklichen Gestalten aus den Pruhonschen Allegorien vor, die die Racheengel darstellen, die das Verbrechen verfolgen.

Seine Milde war keine Scheinheiligkeit, nicht einmal Schlaue, wie viele von ihm sagten. Sie war nur ein Zeichen von guter Erziehung und völliger Selbstbeherrschung.

Er gezielte sich darin, den Gegner zu unterstreichen, der zwischen seiner Art und dem Verfahren seines Nachbarn, des Untersuchungsrichters Talarou bestand. Dieser, ein alter Beamter der Justiz mit dem Kopfe eines Monos, hatte eine unködige Kanzlei inne, in der stets Halbdunkel herrschte, wie in einem Aquarium. Seine Spezialaufgabe war die Bekämpfung kleiner Betrugsfälle. Vor ihm erschienen Landwirte, die ihrer Milch Wasser zugesetzt, Gemüsefrauen, denen man vorwarf, daß sie falsche Gewichte besäßen und Wirtes, die ihre Getränke verschärfen. Diese Delikte ohne große Bedeutung genügten immerhin, um in den Räumen des Richters ständig die Stimmung der großen Tragödie zu unterhalten. Der Untersuchungsrichter fand sich leicht auf einer Höhe zorniger Entrüstung, seine hohle Stimme drohte und beschwore. Die Arme gingen, als ob er nach Wolken greifen müsse, und im Teller eines besonders hizigen Tages sprang er sogar auf seinen Tisch. Mehr als einmal mußte der Kanzleibeamter Wirtinnen, die schreckensbleich geworden und Milchhändlerinnen, die einer Ohnmacht nahe, mit seinen Armen stützen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Liebe der schönen Frau Nadia

Roman von Raymond de Nienzi

(6 Fortsetzung)

„Ich weiß es selbst nicht recht — ich hatte Ihren Namen in der Gesellschaft gehört und dann, nicht wahr, es ist der eines Historikers, der eine berühmte Chronik schrieb in früheren Zeiten, deshalb behielt ich den Namen in Erinnerung.“

Sie trocknete ihre Augen und bemühte sich zu lächeln.

„Ist es nicht ein Beweis Ihrer Verlässlichkeit, Herr Doktor, wenn eine Klientin so zu Ihnen kommt, die Sie nie gesehen, und der Sie auch niemand empfohlen hat!“

Commines dankte durch eine Verbeugung. Die kleine Schmeichelei empfand er wohltuend, dann fuhr er ernsthaft fort:

„Nun, gnädige Frau, ich will alles tun, daß Sie Ihre Wahl nicht zu bedauern haben. Sicherlich ist ein Untersuchungsrichter schon bestimmt, ich werde mich heute noch auf der Gerichtsankanzlei erkundigen. Wohin kann ich Ihnen schreiben?“

Sie diktierte ihre Adresse: Zweihundertfünzig Avenue Henri-Martin. „Es ist ein Privathaus, mein Gatte hatte es gekauft, als wir heirateten —“

Commines beeilte ein wenig den Aufbruch der Dame, denn für ihn, wie für alle Angehörigen der Justiz, war es höchste Zeit, zu frühstücken. Ein unabänderlicher Brauch zwinge Advokaten und Richter, zur Mittagszeit pünktlich im Justizpalast zu sein.

Seine Mutter erwartete ihn bei Tisch, da sie zusammen zu Mittag aßen.

Lodzer Tageschronik.

Der Wegebau Lódz-Petrikau und Lódz-Kaisch.

Das Verkehrsministerium hat nunmehr endgültig das Lódzer Wojewodschaftsamt beauftragt, den zwischen dem Staatlichen Arbeitsfonds und der Warschauer Wegebaufirma A. Rudzki abgeschlossenen Vertrag auf Bau der Staatswege Nr. 16 von Lódz nach Kalisch und Nr. 14 zwischen Lódz und Petrikau durchzuführen.

Der Weg Lódz-Petrikau wird eine Länge von 40½ Kilometer haben und der gesamte Wegebau soll die Summe von 5,5 Millionen Zloty kosten. Das Pflaster soll aus Granit oder Basalt bestehen, wobei auch die Brücken auf dieser Strecke neu errichtet werden sollen.

Der Weg von Lódz nach Kalisch soll vorläufig auf einer Strecke von 24 Kilometer in Angriff genommen werden, wobei ebenfalls mit Granit oder Basalt gepflastert werden soll. Diese Arbeit soll auf drei Jahre verteilt werden.

Bei diesen Wegebauarbeiten dürften etwa 1000 Arbeiter beschäftigt finden, wobei der Lohn durch Vereinbarung zwischen der Firma Rudzki und dem Arbeitsfonds festgesetzt werden soll. Es werden jedoch nur solche Arbeiter angestellt werden, die im Staatlichen Arbeitsvermittlungssamt registriert sind. Für Arbeiter, die in weiter entfernten Gebieten arbeiten werden, muss die Wegebaufirma Quartier beschaffen. Dabei steht der Firma jedoch das Recht zu, den Arbeitern 35 Prozent des verdienten Lohnes in Lebensmittelbons auszuzahlen. (a)

Die diesjährigen Schulferien.

Im Schuljahr 1935/36 wird der Schulschluss auf den 21. Juni und der Beginn des neuen Schuljahres auf den 3. September fallen. Im neuen Schuljahr sollen die Weihnachtsferien auf 2 Wochen gekürzt werden. Die Ferieneinteilung, wie sie seit 2 Jahren geübt wurde, ist auf den energischen Widerstand der Eltern, der Lehrer und der Kurorte gestoßen. Nach einer anderen Meldung sollen die Hauptferien schon am 15. Juni beginnen und bis zum 3. September, also 2½ Monate dauern.

Ein Industrieller verurteilt.

In der Wäscherei von Keilich und Gosda, Wulcania 257, erlitt die Arbeiterin Eugenia Cieslak im November v. J. einen schweren Unfall bei der Arbeit, indem sie vom Transmissionsriemen erfasst wurde. Die Untersuchung ergab, daß die Transmission nicht genügend geschützt war, worauf der Leiter der Wäscherei Artur Keilich zur Verantwortung gezogen wurde. Gestern hatte er sich vor dem Stadtgericht zu verantworten und wurde zu 1000 Zloty Geldstrafe bzw. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Aushebung des Jahrganges 1914.

Morgen, Mittwoch, haben sich die Rekruten wie folgt zur Mustierung einzufinden: Vor der Aushebungskommission Nr. 1 in der Pierackistr. 18 die Rekruten des Jahrganges 1914 aus dem Bereich des 3. Polizeiokratis, deren Namen mit den Ansangsbuchstaben B Th D und E beginnen. Vor der Aushebungskommission Nr. 2, Petrikauer 165, die Rekruten des Jahrganges 1914 aus dem Bereich des 1. Polizeiokratis mit den Namensanfangsbuchstaben R S T und U. Ferner haben sich vor der Aushebungskommission Nr. 3 Petrikauer 157, die Militärpflichtigen der Jahrgänge 1912 und 1913, Kat. B, aus dem Bereich des 5. Kommissariats einzufinden, deren Namen mit den Ansangsbuchstaben K Sz T U W und Z beginnen. Vor der Aushebungskommission des Lódzer Kreises, Sienkiewicza 37, haben sich hingegen die Rekruten des Jahrganges 1914 und die der Kategorie B zugewiesenen Angehörigen der Jahrgänge 1912 und 1913 aus Biertz mit den Namensanfangsbuchstaben O und T zu melden. (a)

Der Mann die Augen ausgebrannt.

Furchtbare Nachte eines verlorenen Ehemannes.

Im Hause Trudnastraße 2 in Ruda-Pabianicka spielte sich zwischen den Eheleuten Max Krenz und dessen Frau Wladyslawa eine blutige Liebestragödie ab. Da der gegenwärtig 29 Jahre alte Mann sein Haus nicht ordentlich verließ und auch trank, verließ ihn die Frau und wohnte allein in den ZUPU-Häusern in der Dąbrowskistraße 6. Der Mann dagegen wohnte in Lódz an der Składowa 40. Am Sonntag abend weilte Krenz in Ruda-Pabianicka und erfuhr, daß auch seine Frau bei ihren Verwandten in der Trudnastraße zu Besuch weilt. Krenz, der bereits angeheitert war, suchte seine Frau auf und ließ diese in den Hof hereinströmen. Er drang auf seine Frau ein, sie möge wieder mit ihm zusammenleben. Als jedoch die Frau ablehnte, zog Krenz eine Flasche mit Salzsäure, die er bei sich hatte, herum und goß den Inhalt der Frau ins Gesicht. Diese erlitt furchtbare Brandwunden im Gesicht, am Oberkörper und an den Händen, wobei ihr auch beide Augen ausgebrannt wurden. Die schwerverletzte Frau wurde von der Rettungsbereitschaft ins Krankenhaus nach Lódz geschafft. Krenz, der geflüchtet war, wurde verhaftet. (a)

Die Taten des „blinden Mar“.

Der Anführer der Lódzer Unterwelt auf der Anklagebank. — Die Methoden der Lódzer Terroristen.

Gestern begann vor dem Lódzer Bezirksgericht der Prozeß des berüchtigsten Vertreters der Lódzer Unterwelt Max Bornstein, der in dieser Welt allgemein unter dem Pseudonym „blinder Mar“ bekannt ist, sowie seiner zwei Helfershelfer Henoch Tuks und Hersch Grunis.

Dieser Prozeß hat außer in den Verbrecherkreisen auch unter den jüdischen Kaufleuten großes Interesse wachgerufen, die vielfach die Dienste des „blinden Mar“ in Anspruch nahmen oder von ihm unter Druck gesetzt worden sind. Datum war auch der Verhandlungssaal am gestrigen ersten Prozeßtag fast ausschließlich von Vertretern dieser zwei Bevölkerungsschichten ausgestattet.

Die ersten Ansänge der Terroristenbande.

Der Anklageschrift zufolge liegt dem Prozeß folgender Sachverhalt zugrunde: Im Jahre 1928 entstand in Lódz der jüdische Verein „Ezras Achim“, zu deutsch Bruderschaft, dessen Ziel angeblich Hilfeleistung an arme Juden sein sollte. Vorsitzender dieses Vereins wurde ein Lajb Katz, stellvertretender Vorsitzender Henoch Tuks, während Max Bornstein, d. i. der „blinde Mar“, mit noch einigen anderen Juden der Verwaltung des „Wohltätigkeitsvereins“ angehörte. Bei dem Verein wurde auch ein Schiedsgericht geschaffen, das Streitigkeiten zwischen der jüdischen Bevölkerung schlichten sollte. Bald nach der Gründung des Vereinswich die „Bruderschaft“ jedoch von ihren Wohltätigkeitszielen ab und beging unter diesem Deckmantel verschiedene Verbrechen, so daß die Mitglieder der Bruderschaft bald den Namen „starke Brüder“ erhielten.

Sie üben Gerechtigkeit auf ihre Art.

Die „Bruderschaft“ oder die „starke Brüder“ spielten sich als Sprecher über Recht und Gerechtigkeit in Streitfällen unter der jüdischen Bevölkerung auf, sie erpreßten Mitgästen für die Töchter ihrer Mitglieder, besorgten das Entfassen protestierter Wechselseitig, wobei Gewaltanwendung oder Androhung in den meisten Fällen der entscheidende Faktor für die günstige Erledigung der jeweiligen Angelegenheiten waren. Es wagte keiner der also „Gerechten“ Anzeige bei der Polizei zu erstatten, da die Rache der „starke Brüder“ gefürchtet wurde: das Messer oder der Revolver waren in diesen Fällen die Waffen, mit welchen die „starke Brüder“ ihre Widersacher einzuschüchtern verstanden. Das „Schiedsgericht“ erhielt mit der Zeit den Namen „Din Tojra“, d. h. Diebesgericht, und der Spruch dieses „Gerichts“ fiel immer zugunsten dessen aus, der mehr bezahlte.

Spaltung und Kampf unter den Terroristen.

Schon nach einem Jahre, und zwar 1929, kam es unter den „starke Brüder“ zu einer Spaltung, und zwar trat auf die eine Seite ein Balberman mit dem Vorsitzenden des Vereins, während der „blinde Mar“ den stellvertretenden Vorsitzenden Tuks auf seiner Seite hatte. Es bildeten sich nun zwei Banden, die sich einen erbitterten Kampf ansetzten. Am 10. September 1929 trafen die beiden Kontrahenten Balberman und Bornstein in einer Bierhalle in der Lagiewnickastraße zusammen. Wie auf Kommando zogen beide gleichzeitig Revolver. Doch war der „blinde Mar“ der schnellere und stach seinen Gegner durch einen wohlgezielten Schuß nieder. Das Gericht strach ihn jedoch frei, da er nachweisen konnte, daß er in Notwehr gehandelt hat.

Die Tätigkeit der Terroristen.

Die Terroristenbande wird nur von verschiedenen jüdischen Geschäftsleuten in Anspruch genommen, wenn sie von einem ihrer Kunden eine Forderung auf gütlichem Wege nicht einziehen können. In solchen Fällen erfolgte erst eine mündliche Warnung von Seiten der Bande des „blinden Mar“ und wenn das nicht fruchtete, kamen Stöcke, Totschläger, Messer und auch Revolver in Anwendung.

Mord auf einem Dorfseit.

Ein Fest im Dorfe Stefan Narutowicza, Kreis Sieradz, nahm ein blutiges Ende. Die zwei angefeindeten Bauernjungen, Josef Kaczynski und Reinhold Reich, fielen über den 18-jährigen Alfons Malinowski her und schlugen mit dicken Stöcken so lange auf ihn ein, bis er tot liegen blieb. Malinowski hatte einen Schädelbruch, sowie den Bruch einiger Rippen und des Armes erlitten. Die beiden Mörder wurden verhaftet.

Auch im Dorfe Niesieniec, in der Nähe von Konstantynow, stand am Sonntag ein Feuerwehrfest statt, auf welchem es zu einer blutigen Schlägerei kam. Hierbei erhielt der 26-jährige Jan Wasak aus Nowo-Złotno mehrere Stiche mit einem Messer in die Brust. Er mußte in schwerem Zustande nach Lódz ins Krankenhaus geschafft werden. Als Täter wurden die Brüder Stanislaw und Josef Kaczyński aus Niesieniec verhaftet. (a)

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Lódz-Ost, Pomorska 129. Donnerstag, 7 Uhr abends, Kundgebung. Vollzähliges Erheben ist notwendig.

Diese Art der Eintreibung von Forderungen erwies sich in den meisten Fällen wirksam und darum wuchs auch der Kundenkreis der Bande recht bedeutend.

Doch kam auch die Polizei hinter das Treiben dieser unter dem Namen des Vereins „Ezras Achim“ auftretenden Bande und löste den sonderbaren „Wohltätigkeitsverein“ auf.

Unter neuer Maske.

Max Bornstein gesetzte sich aber in der Rolle eines „Verteidigers“ geschädigter Personen und eröffnete im Hause Sienkiewiczastraße 15 ein Rechtsbeistandsbüro unter dem Namen „Obrona“, wobei er als Sekretär den Hersch Grunis engagierte, da er selbst Analphabet ist. Bornstein führte nun mit denselben Methoden. Scheidungsclagen, Vermögensstreitigkeiten usw. durch, übernahm es sogar, vom ordentlichen Gericht ausgesprochene Exmissionen aufzuhalten usw. Die Kundgebung des „blinden Mar“ reklamiert sich nun schon nicht mehr allein aus Juden, sondern selbst Christen finden den Weg zu ihm, die auf dem ordentlichen Rechtswege keine Regelung ihrer Angelegenheiten in ihrem Sinne erhoffen.

Falsche Anzeigen gegen Vertreter der Behörden.

Die Dreistigkeit des „blinden Mar“ wurde immer größer und schließlich wagte er sich auch an hervorragende Vertreter der Behörden heran, die er in aitionen Schreiben verschiedener Handlungen bezichtigte.

Doch auch dieses Treiben des „blinden Mar“ sollte ein Ende finden. Ein gewisser Fischel Lustman, von welchem Bornstein eine Summe von 1000 Zloty erpressen wollte, erstattete Anzeige bei der Polizei und der „blinde Mar“ wurde verhaftet.

Das Sündenregister des „blinden Mar“.

Die Anklage gegen Max Bornstein lautet auf Erpressung, Bedrohung, Aneignung und Betrug. Die Anklageschrift führt zahlreiche Namen von Personen an, von welchen Bornstein unter allerlei begründeten oder unbegründeten Vorwänden verschiedene Geldsummen erpreßt hatte, dann Fälle von Gewaltanwendung beim Auslaufen von Wechseln, Bedrohung von Haushaltern zwecks Zurückziehung von Exmissionslagen, Vermittlung in Scheidungsfragen usw. usw.

Die Gerichtsverhandlung.

Max Bornstein, Henoch Tuks und Hersch Grunis sitzen nun auf der Anklagebank des Lódzer Bezirksgerichts. Bei Feststellung der Personalien stellt es sich heraus, daß Grunis bereits fünfmal wegen verschiedener Verbrechen vorbestraft ist. Trotzdem von den überaus zahlreichen Zeugen 24 Zeugen zur Verhandlung nicht erschienen sind, wird die Verhandlung dennoch fortgesetzt, wobei auf Antrag des Staatsanwalts die Aussagen dieser Zeugen aus dem Untersuchungsverfahren verlesen werden.

Rechtsanwalt Lilster bringt den Antrag ein, den Angeklagten Max Bornstein untersuchen zu lassen, da die Verhörführung besteht, daß bei ihm geistige Minderwertigkeit vorliegt. Außerdem beantragen die Verteidiger noch, 34 weitere Zeugen vorzuladen. Das Gericht lehnt jedoch den Antrag auf Untersuchung des Geisteszustandes des Hauptangeklagten ab, beschließt die Zulassung von 24 neuen Zeugen sowie die zwangsweise Vorführung von 5 nichtschwierigen Zeugen. Darauf brachte noch der Staatsanwalt den Antrag ein, die Punkte 19 und 20 der Anklageschrift, die die „Vermittlung“ des „blinden Mar“ in einer Scheidungsangelegenheit und dessen Beziehungen zur Polizei betreffen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu behandeln. Obzw. sich die Verteidiger gegen diesen Antrag wenden, beschließt das Gericht demgemäß.

In der gestrigen Verhandlung wurden die drei Angeklagten verhört, die sich aber zu keiner ihnen zur Last gelegten Schuld bekennen. Die Verhandlung wird heute weitergeführt. (a)

Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

Neue Verwaltung im Musikverein „Stella“. Die vorherigen Wahlen der Verwaltung des Musikvereins „Stella“ fanden nunmehr statt. Zum Präsidenten wurde Herr Ludwig Quiram und zum Vizepräsidenten Herr Hermann Gerecki gewählt. In die Verwaltung traten dann ein die Herren August Thiem, Emil Vogel, Alexander Nutz, Waldemar Grieser, Karl Grünig, Otto Rückert und Theodor Gerstendorf. Am nächsten Vereinsabend werden die einzelnen Ämter unter diesen Herren verteilt. Die Revisionskommission besteht aus den Herren Josef Sturzewski, Oskar Krause, Julius Wittner, Edmund Ulaniewicz und Maximilian Niels. Obmann der dramatischen Sektion ist Herr Theodor Gerstendorf.

Bekannte Arbeiterführer über den Alltag Richard Fröhlich:

Wenn wir eine neue Welt schaffen wollen, so müssen wir sie mit neuen Menschen füllen. Die Einheitsarmut ist kein neues Ziel für uns, sie gibt uns nur eine neue, scharfe wirkliche Waffe im Kampf für unser altes Ziel.

Aus der Wojewodschaft Schlesien.

Unsere Lehren vom 1. Mai.

Nicht nur Demonstrationen, sondern Erfassung der Sympathizer.
Die Massen dennom für den Sozialismus.

Der 1. Mai als Feiertag der Arbeiterklasse hat sich allen Widerständen zum Trotz durchgesetzt. Das ändert auch nichts an der Tatsache, daß die Großindustrie mit Wohlbehagen zu berichten weiß, daß die Arbeiter fast vollständig in den Betrieben erschienen sind. Wer soviel Feierlichkeiten im Jahre aufzuweisen hat, wie der oberschlesische Prolet, weiß jede Schicht besonders zu schämen, die er verfahren darf, das umso mehr, als noch nicht vergessen ist, wie manche Verwaltungen früher mit Arbeitern verfahren sind, wenn sie am 1. Mai der Beschäftigung fernblieben. Gewiß wollen wir das nicht als Muster hinstellen, denn wir sind auch heute der selbenseits Überzeugung, daß die Arbeiterschaft sich nur soviel Achtung der Arbeitgeber erzielen wird, wie sie bereit ist, durch einheitliche Solidarität fundzutun. Die oberschlesische Arbeiterschaft hat in Folge ihrer parteilichen, nationalen und wirtschaftlichen Depression diesen Sinn des Kampfes solidarischer Abwehr nie richtig verstanden und selbst in den nationalen Kämpfen mußte sie mehr dazu geprahlt werden, als daß sie eigenes Empfinden selbst an den Tag gelegt hätte.

Und trotzdem ist der 1. Mai dieses Jahres über Erwartungen günstig verlaufen. Notstand, Witterung und schließlich die allgemeinen Verhältnisse wirken sich heute ganz anders aus, als es früher der Fall war, wo das Gespenst der Arbeitslosigkeit noch nicht alle bedroht hat. Wir als Marxisten dürfen uns nicht allein darauf beschränken, die Dinge so zu sehen, wie wir sie unseren Mitgliedern bekanntgeben, sondern auch die Verhältnisse betrachten, die heute Tausende zwingen, in anderen Organisationen zu sein, um nur Brot und Arbeit zu erhalten. Und nun ist festzustellen, daß in den anderen Organisationen, wie in der Federacja Pracy, Strömungen am Werke sind, die die heutige liberale Aussöhnung des Wirtschaftskampfes verlassen und zu revolutionären Mitteln des Kampfes greifen wollen. Gewiß sind sie noch heute Gefangene jener Mächte, denen sie die Existenz verdanken, aber früher oder später müssen sie sich, der Zwangsläufigkeit des Krisenverlaufs folgend, dem Klassenkampf anschließen. In den Reihen der ZZP sind eine Reihe von Mitgliedern, die wir früher ob ihrer radikalen Einstellung zu den Tagesfragen oft bestaunt haben. Sie haben ihre revolutionäre Vergangenheit nicht ausgegeben, sie kam auch in ihren Maifeiern zum Ausdruck, allerdings so, wie es die Führer dieser Bewegung aussäßen. Der Verlauf der Krise wird sie zwangsläufig wieder in unsere Reihen zurückführen, wenn die Zeit dafür reif sein wird.

Außer den Marxisten und Federanten haben auch noch die Jungdeutschen, ja sogar Angehörige der Deutschen Partei den 1. Mai gefeiert. Sehen wir von den Reichsdeutschen ab, die ja nur einen Befehl des Dritten Reichs vollzogen, so wird man die Jungdeutschen und die Deutsche Partei in ihren Maifeiern zwar nicht ernst nehmen können, wie man auch die Politik dieser Parteien nicht ernst

nehmen kann, weil sie Zufallsgevölks sind, die mit dem Tage ihren Bankrott erklären müssen, wenn jenseits der Grenze ein Umsturz kommt. Hrwar kann man einige Zeit an den Erlöser glauben, aber wenn sich dieser doch nur als Narr erweist, so müssen die Mitgliedschaften andere Wege einschlagen, über die sozialistische Idee nachdenken, mit der man sie bisher betrogen hat, und dann von selbst zu uns stoßen, weil nur eine marxistische Partei den Anschluß an die sozialistischen Parteien im Lande hat, den Befreiungsweg des deutschen Menschen aufweisen kann. Wir haben hier ja vom deutschen Menschen gesprochen, weil es diesen zunächst für den Sozialismus zu gewinnen gilt. Daß die heutige Verballhornung des Sozialismus als völkische Idee nichts mit dem Sozialismus als einer Befreiungsidee zu tun hat, das werden die Mitglieder der Jungdeutschen, als auch anderen Parteien der deutschen Volksbegnadigung viel früher einsehen, als wir es selbst heute annehmen wollen, wofür übrigens genügend Anzeichen vorhanden sind.

Gemeinsam mit der polnischen Bruderpartei aber haben wir andere Lehren, Schlussfolgerungen aus den Maideemonstrationen zu ziehen. Wir wollen nicht in einer Diskussion darüber eingehen, ob es nun einige tausend Mitglieder mehr oder weniger waren, die an den Maideemonstrationen teilgenommen haben. Tatsache ist, daß die Umzüge stattfanden, daß die Teilnehmer oft stundenlang marschiert sind, um an ihnen teilzunehmen. Jetzt kommt es darauf an, diese Mitglieder auch zu erfassen, sie in Mitgliederveranstaltungen oder auch öffentlichen Kundgebungen zu schulen, zu kämpfern zu erziehen. Die Maideemonstrationen sind geeignet, in den Massen Begeisterung aufzuzucken, sie nur mit den nächsten Forderungen der sozialistischen Parteien bekannt zu machen. Diese Begeisterung aber auch zu erhalten und zu verstetigen, neue Kämpfer zu erziehen, das ist ein Gebot, welches bislang vernachlässigt worden ist. Wir haben so manche traurige Erfahrung gerade in den letzten Jahren gemacht, wie Menschen, an deren sozialistische Treue wir glaubten, bald umfallen, gar in einer anderen Richtung aufzugehen, weil ihnen der Weg der alten Partei zu langsam ist. Es ist dies nicht zuletzt auf die mangelhafte Schulung unserer Mitgliedschaft zurückzuführen. Wir können als Sozialisten nicht auf Konkurrenzerscheinungen rechnen, sondern mit den wirtschaftlichen und politischen Tatsachen und diese haben uns trotz aller bürgerlichen Totschlagung des Marxismus recht gegeben. Überall, das haben die Maifeiern auch im Ausland bewiesen, befindet sich die sozialistische Bewegung im Vormarsch, es liegt also an uns, diese Situation auszunutzen und wieder jene sozialistische Kampffront zu schaffen, die sich in Oberschlesien, trotz mancher Gegenseite von 1918 bis 1926, die Achtung der Gegner und Bedeutung innerhalb der Massen erobert hat. Das sind die Lehren, die wir aus der diesjährigen Maifeier zu ziehen haben.

Oberschlesien.

Auch der Afabund gleichgehalten.

Dass den deutschen Arbeiterorganisationen in Oberschlesien auch die deutschen Angestellten in der Gleichschaltung folgen werden, war kein Geheimnis, wenn man hier auch die Sache etwas weniger geräuschvoll betreibt. Aber die deutschen Angestellten haben bereits vor Wochen eine Kommission eingesetzt, die die notwendigen Vorbereitungen zum Zusammenschluß aller deutschen Angestelltengewerkschaften trifft. Auch hier ist es wieder ein Kampf um die Besetzung von Posten, wenn auch nicht so intensiv, wie bei den Arbeitergewerkschaften. Hier gibt es nicht so viele „Mitschließige“ und „Belastete“, jedoch man nur „einen“ mit entsprechender „Absindung“ auszuscheiden braucht, die anderen werden „treu und brav“ der Gleimitzer Arbeitsfront gehorchen und sich unter die Botsmäßigkeit des Konzerns unterordnen, der der eigentliche Macher ist. Widerstand besteht nirgends, denn die „Führerschaft“, wie es unter einer „Osterbotschaft an die Mitgliedschaft“ heißt, hat alles weise vorbereitet. Den Mitgliedern des „Afabundes“ wurde bereits der „Monatsweiser“ für die deutschen Angestellten in Polen übermittelt, obwohl es hieß, daß erst ordentliche „Bundestage“ diesen Beschluß fassen sollten.

Damit ist auch der „Afabund“ der Gleichschaltung verfallen, die freigemeinschaftliche Erziehung hat auch hier nur bis zur Beibehaltung der Posten gereicht. Nun, die Gleichschaltung der deutschen Angestellten wird gleichfalls nicht weiterreichen, wie zur Unterstützungszahlung an die arbeitslosen Kollegen und hier und da noch zur Austragung eines Rechtsstreits. Jede einzelne Bedeutung kommt den Angestelltenverbänden nicht zu, denn sie sind durch die sogenannten „Volksgemeinschaftsplattform“ aus dem Arbeitnehmerleben längst ausgeschaltet, was nicht zuletzt auf den deutsch-polnischen Rüttangriffspakt zurückzuführen ist. Der Polonisierungssprozeß in der Großindustrie hat seit dem „Ausbruch der Nation“ einen raschen Fortgang genommen, und was sich von den deutschen Angestellten nicht Mon-

früher auf die polnischen Verbände und Organisationen umgestellt hat, der ist aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert, wirtschaftlich ein Opfer jener Politik, die im „Volksbund“ ihre Quelle hat. Und was hier gesündigt worden ist, indem die Angestellten für diese Arbeit früher missbraucht worden sind, rächt sich jetzt an der ganzen Klasse. Während sich die „Herren deutschen Wirtschaftsführer“ aus Polnisch-Oberschlesien samt dem Präsidenten des Volksbundes dünn gemacht haben, ist die deutsche Arbeiter- und Angestelltenfamilie Opfer dieser Politik.

Der „Afabund“ hatte die Möglichkeit, durch Anschluß an die Klassenkampfverbände — er war ja schon einige Jahre Mitgliedsorganisation in der Vereinigung der Gewerkschaften Polens — sich ein anderes Schicksal zu bereiten, er zog es vor, lieber zur Gleichschaltung umzuschalten. Er ist dagegen rischlos von der Fläche verschwunden, wie auch die neue „Gewerkschaft deutscher Angestellten“ verschwinden wird, weil sie eben durch ihre Politik des Übertriebenen ihre Daseinsberechtigung in Polnisch-Oberschlesien aufgegeben haben.

Neues Leben bei den Siemianowitzer Arbeitersängern.

In der Verworrenheit der politischen Zustände ist es wirtschaftlich kein Wunder, wenn unsere Arbeiterbewegung dabei zu Schaden kommt. Die Menschen lassen sich leicht beeinflussen, und dieser schwankenden Gefühlsbasis ist es zu verdanken, wenn mühsame Arbeit mitunter vernichtet wird. Sie haben auch die Siemianowitzer Arbeitersänger eine schwere Krise durchlebt, welche auf die verschiedensten Gründe zurückzuführen ist. Dem unermüdlichen Vorreden aber ist es nunmehr gelungen, wieder neuer Schwung in die Ortsgruppe hineinzubringen. Am Sonnabend fand eine Zusammenkunft aller sangefreudigen und interessierten Genossen und Genossinnen statt, zu denen zunächst der Vorsitzende ausläßende Worte sprach. Dann behandelte Genosse Kowoll in einem längeren Referat die Verhältnisse speziell in Siemianowitz und gab den Anwesenden ein klares Bild von dem Ziel der sogenannten „Volkspartei neuerer“, die allenfalls das Gute zerstören,

aber nichts Vernünftiges dafür bieten können. Der Redner appellierte an die Pflicht eines jeden einzelnen, die Arbeiterkultur zu pflegen und der Tradition des freien Liedes zu neuer Blüte zu verhelfen. Hierauf gesah es ganz impulsiv, daß man zu den Büchern grüßt und Lied um Lied durchgesungen wurde, wobei alle Anwesenden mit Begeisterung mitnahmen. Die Freude aber stieg, als schon zu voriger Stunde eine Anzahl Katowicer erschienen, und nun wurde erst recht gejungen.

Der Siemianowitzer Arbeiterchor nimmt seine Tätigkeit wieder auf und lädt alle Freunde und Interessenten zur Mithilfe ein, nach der Parole: „Allen Gewalt zum Trotz sich erhalten!“

Bielitz-Biala u. Umgebung.

Partei genossen und Genossinnen von Bielitz-Biala und Umgebung!

Am 1. Mai d. J. ist die „Volksstimme“ mit der „Lodzer Volkszeitung“ verschmolzen worden. Anstatt der zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung haben die Leser und Leserinnen eine Tageszeitung, die ihnen jetzt reichhaltigen Leistungsmaterial bietet. Das Monatsabonnement kostet 3 Złoty, so daß die Zeitung täglich nur zu 10 Groschen kommt.

Nachdem die „Lodzer Volkszeitung“ zugleich das Zentralorgan unserer Partei ist, so ist es die Pflicht eines jeden Parteimitgliedes auch Abonnement des Parteiorganisatz zu sein.

Die Arbeitslosen und die Wenigverdienden können zwei oder drei Genossen zusammen das Blatt abonnieren. Vor allem andern ist es auch Pflicht unserer Parteimitglieder darauf zu schauen, daß auch unsere Sympathizer und alle jene, welche von Arbeitergeldern leben, auch Abonnement der „Lodzer Volkszeitung“ werden.

Parteigenossen und Genossinnen! Soll unsere Parteipresse Ihre Pflicht den Lesern gegenüber erfüllen, dann müssen auch unsere Genossen die Parteipresse in jeder Beziehung unterstützen. Die Parteipresse ist kein Privatbesitz, sondern Parteidienst. Was ihr für die Parteipresse tut, das kommt der Partei und auch euch zugute.

Um das Parteiorgan lebenswerten zu machen, empfiehlt es sich, daß die Genossen über alle wichtigen Ereignisse in ihrem Orte der Redaktion rechtzeitig Mitteilung machen. Nur durch stete Führungnahme mit der Redaktion kann der innige Kontakt zwischen Parteipresse und Leserschaft hergestellt werden.

Darum Parteigenossen, Genossinnen und Sympathizer, leset und verbreitet die „Lodzer Volkszeitung“!

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit spitzt sich immer mehr zu. Große Entscheidungen bereiten sich in der Weltwirtschaft vor. Soll die klassebewußte Arbeiterschaft in diesem Ringen richtig informiert sein, dann darf sie die klughaften bürgerlichen Zeitungen nicht unterstützen und von ihnen Informationen einholen, denn diese vertreten ausschließlich Kapitalisteninteressen. Die Parteizeitung ist das einzige Blatt, welches die Interessen der gesamten Arbeiterklasse rücksichtslos vertritt. Je höher die Auflage unserer Parteipresse sein wird, desto größer ist auch der Einfluß der Partei und der Parteipresse!

Darum auf zur Werbearbeit für die „Volksstimme“, die zugleich auch die „Volkszeitung“ ist!

Mitgliederversammlungen

des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts“.

Der genannte Verein veranstaltet in folgenden Orten Mitgliederversammlungen, in denen der gewogene Sejmabgeordnete Genosse Adam Ciołłosz aus Tarnow Vorträge über die neue polnische Verfassung halten wird:

Alexanderfeld. Am Dienstag, dem 7. Mai 1935, um 7 Uhr abends im Alexanderfelder Arbeiterheim.

Nikolsdorf. Am Mittwoch, dem 8. Mai d. J., um 7 Uhr abends im Gasthaus Huppert im Biegenwald.

Altbielitz. Am Donnerstag, dem 9. Mai d. J., um 7 Uhr abends im Gasthaus des H. Andreas Schöber in Altbielitz.

Kamitz. Am Freitag, dem 10. Mai d. J., um 7 Uhr abends im Kamitzer Gemeindegasthaus.

Bielitz. Am Samstag, dem 11. Mai d. J., um 7 Uhr abends im Arbeiterheim.

Lobnitz. Am Sonntag, dem 12. Mai d. J., um 1/210 Uhr vormittags im Gasthaus der Frau Sanna Lenker.

Oberflutzwald. Am Sonntag, dem 12. Mai d. J., um 1/24 Uhr nachmittags im Vereinszimmer des Arbeiter-Konsumentvereins.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu diesen lehrreichen Vorträgen vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Die herzlichsten Glückwünsche zur
Vermählung

entbietet dem Sangesbruder

Piesch Georg

und seiner lieben Braut

Kania Anni

der P. G. V. „Gleichheit“

n. d. sozialdemokr. Wahlverein „Vorwärts“

Altbielitz

